

21.10.2025

Friedhofsgebühren in Erfurt: SPD & PIRATEN schlagen gemeinsame Prüfung und Anpassung vor

Um den städtischen Haushalt zu stabilisieren, ergreift die Stadt Erfurt derzeit verschiedene Maßnahmen zur Einnahmesteigerung. Neben der geplanten Erhöhung der Beherbergungssteuer steht nun auch eine Anpassung der Friedhofsgebühren zur Diskussion. Die Fraktion SPD & PIRATEN nimmt dies zum Anlass, konstruktive Anregungen einzubringen.

„Wir verstehen, dass die Stadt die Kosten für Pflege und Unterhalt der Friedhöfe decken muss“, erklärt Andre Grenzdörffer, Fraktion SPD & PIRATEN. „Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass die Gebühren nachvollziehbar, flexibel und sozial ausgewogen gestaltet werden. Friedhöfe sind Orte der Trauer, der Erinnerung und der Würde – hier gilt es besonders sensibel zu handeln.“

Die Fraktion bringt daher als Anregung ein, die Änderung der Friedhofsgebührensatzung gemeinsam mit der Verwaltung zu prüfen, offene Fragen zu diskutieren und mögliche Anpassungen zu erarbeiten. „Es geht uns nicht darum, Vorgaben zu machen, sondern gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die sowohl die städtischen Aufgaben als auch die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen und damit auch die notwendige Akzeptanz schaffen“, so Grenzdörffer.

Zum Beispiel könnte die Satzung in Bezug auf die realistische Abbildung des Pflegeaufwands überarbeitet werden: Besonders bei Baum- und Gemeinschaftsgräbern ist der Pflegeaufwand vergleichsweise gering. Die Gebühren könnten hier moderater gestaltet werden, sodass sie den tatsächlichen Aufwand realistisch widerspiegeln. Ebenso würde eine Staffelung nach Grabart, Lage oder Nutzungsdauer die Satzung transparenter und gerechter machen und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Angehörigen gerecht werden. Ermäßigungen für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger könnten soziale Härten abfedern, ohne die Gesamtkalkulation der Friedhöfe zu gefährden. Ein besonders sensibles Thema ist auch die geplante Erhöhung der Gebühren bei den Kinderreihengräbern, die für Familien einen Ort der stillen Erinnerung darstellen.

„Bei einem so sensiblen Thema wie dem Tod sollten finanzielle Regelungen nicht nur sachlich, sondern auch menschlich nachvollziehbar sein. Die Art der Erinnerung an einen Verstorbenen darf keine Frage der finanziellen Mittel der Hinterbliebenen sein“, betont Grenzdörffer.

Die Fraktion SPD & PIRATEN schlägt daher vor, diese Punkte in die laufenden Planungen aufzunehmen und gemeinsam mit der Verwaltung mögliche Anpassungen zu prüfen. Ziel sei ein modernes, nachvollziehbares und bürgernahes Gebührenmodell, das den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht wird.

André Grenzdörffer
Fraktion SPD & PIRATEN